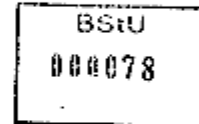


Rostock, 26. Mai 1989

Gen. Verricht
von Oberst Richter
zurück. Hölzer
im Jogh

6.6.89



B e r i c h t

zur Einschätzung der Lage in
der BEL-Sitzung am

06. Juni 1989

KOPIE BSTU

Gonossen!

Die staatliche Sicherheit und Ordnung im Bezirk
ist gewährleistet.

Unter dem massiven ideologischen Einfluß von außen
entwickeln innere feindliche Kräfte vielfältige
Aktivitäten, um der Entspannung und Normalisierung
der internationalen Beziehungen dienende Verträge
und Vereinbarungen rigoros in ihrem Sinne auszu-
nutzen. (Schwerpunkt: abschließendes Dokument des
KSZE-Nachfolgetreffens in Wien)

Sozialismusfremde Tendenzen in anderen sozialistischen
Ländern wirken auf diese Kräfte mobilisierend.

Zur Lageentwicklung in den feindlich-negativen Grup-
pierungen im Bezirk:

Die Situation ist weiterhin durch hohe Gesellschafts-
gefährlichkeit gekennzeichnet.

1. Diskreditierung der Innenpolitik der Partei und
des Staates in einer immer größeren Breite und mit
wachsender Aggressivität

Die verfassungsmäßigen Grundrechte und die sozialisti-
sche Demokratie sollen gegen die sozialistische Staats-
und Gesellschaftsordnung genutzt werden.

- Thema "Kommunalwahlen" hat sich aus Sicht der Feinde
in den Gruppierungen noch nicht erschöpft.
- Im Zusammengehen mit Führungskräften feindlicher
Zentren in Berlin und in Koordination mit Westmedien
stabsmäßig organisierte Kampagne zur Diskreditierung
der Ergebnisse der Wahlen

Intensive Eingabentätigkeit an unterschiedliche zentrale und territoriale Institutionen

- Versuch des Nachweises von Wahlbehinderungen (Sonderwahllokale) und Manipulationen bei Stimmensauszählungen
- Forderungen nach Überprüfung der Wahlergebnisse und nach Neuwahlen (Stadtkreise Wismar und Rostock)

5. n. n. f. t. z. g. (s. b. t. g. d. d. z. g.)

- Alles tun, um festgestellte und beabsichtigte Handlungen zur Diskreditierung der Ergebnisse der Kommunalwahlen zurückzuweisen bzw. zu unterbinden. Einfluß nehmen, daß die zentral festgelegte Verfahrensweise von staatlichen Organen und zuständigen Wahlkommissionen einheitlich durchgesetzt wird.
- Orientierung auf neue politische und gesellschaftliche Höhepunkte, um sozialistische Staats- und Rechtsordnung anzugreifen

- Domeinweihung am 11. 06. 1989 in Greifswald

Störabsichten von Antragstellern aus Gruppierungen in Greifswald

Einzelne negative und destruktive kirchliche Amtsträger, die in Opposition zur Leitung der Landeskirche stehen, wirken unterstützend.

(u. a. öffentliche Obergabe von Schreiben an Gen. Honecker und Persönlichkeiten aus der BRD, Absichten zur Einladung von Antragstellern aus anderen Kreisen im Bezirk)

Von den kirchenleitenden Amtsträgern muß mit Nachdruck gefordert werden, daß der störungsfreie Verlauf der Veranstaltungen in der Festwoche in erster

Linie durch sie selbst gewährleistet werden muß.

- IX. Pädagogischer Kongreß in der Zeit vom 12. bis 15. Juni in Berlin

Erarbeitung von Papieren in kirchlichen Basisgruppen mit Forderungen nach einer Reform des Bildungswesens (Entideologisierung und "Entmilitarisierung" des Bildungswesens). Verbunden damit sind Bestrebungen zur Bildung weiterer Jugendorganisationen neben der FDJ (Absichten zur Schaffung eines Gremiums der kirchlichen Jugendarbeit als möglicher Vorläufer für christliche Jugendorganisation)

- Dokumente der KSZE-Nachfolgekonferenz, der 3. Vollversammlung der "Ökumenischen Versammlung der Christen und Kirchen in der DDR" und die gesellschaftspolitischen Aussagen der Frühjahrs-synoden der Ev. Landeskirchen bilden programmatische Grundlagen für fortgesetzte demagogische Forderungen nach Einhaltung der Menschenrechte in der DDR

thematische Schwerpunkte:

- genauere Definition individueller Menschenrechte
- uneingeschränkte Versammlungs-, Vereinigungs-, Meinungs- und Reisefreiheit
- größere Rechtssicherheit

Ausgehend davon haben wir es mit fortgesetzten Angriffen auf das Regime der Grenzsicherung und die Verordnung über Ausreisen von Bürgern der DDR nach dem Ausland vom 30. 11. 1988 zu tun.

- Inhalt und Richtung der Aktivitäten in den Gruppen werden deutlich durch Entwicklungen in der UdSSR, der VR Polen und der UVR beeinflusst.

- Führungskräfte orientieren auf stärkere theoretische Auseinandersetzung mit den Umbauprozessen in den Bruderländern ("Demokratiedefizite" der DDR nachweisen).
 - Soliderisierung mit antisozialistischen Kräften in diesen Ländern (Protestbriefe Verurteilung Havel durch Mitglieder UZU Wismar)
 - auf stärkere Konfrontation mit Ideen des Sozialdemokratismus einstellen
2. Drang nach Institutionalisierung bestehender überregionaler Organisationsstrukturen feindlich-negativer Kräfte, um ein
- durchgehend abgestimmtes Vorgehen gegenüber staatlichen Organen durchzusetzen und
- sich als Ansprechpartner für den Staat zu etablieren.
- Vorstellungen von Inspiratoren feindlicher Zusammenschlüsse zur Schaffung einer "außerparlamentarischen Opposition" oder "einer Art Basisparlament", um angestrebte gesellschaftliche Veränderungen durchzusetzen.
 - Prozesse der Neuformierung in einer Reihe von Zusammenschlüssen von Antragstellern auf ständige Ausreise aufmerksam verfolgen, um keine Überraschungen zuzulassen. Mit Übersiedlung Rädelsführer drängen Personen in die Führungspositionen mit zum Teil neuen konzeptionellen Vorstellungen.
 - Das betrifft auch die Bildung neuer Umwelt- und Menschenrechtsgruppen im Bezirk.
Verstärkte Versuche sind zu erwarten, um Verletzungen völkerrechtlicher Vereinbarungen und innerstaatlicher Rechtsvorschriften nachzuweisen

Beispiel: "Arbeitsgruppe KSZE" Kreise Stralsund/Rügen

Zielstellung: Ausübung Wächterfunktion, Schaffen von Beweisen für Verstöße der DDR gegen die Verpflichtungen der KSZE

3. Politische Forderungen der Feinde in den kirchlichen Basisgruppen und den Zusammenschlüssen von Antragstellern finden unter evangelischen Amtsträgern in Kirchengemeinden eine wachsende Zustimmung.

- Bestimmte kirchliche Amtsträger setzen sich zum Teil bewußt über Orientierungen loyal eingestellter Kräfte in den Kirchenleitungen hinweg und treten selbst als Initiatoren der gegen den Staat gerichteten Handlungen auf.

- Kirchliche Veranstaltungen werden zunehmend genutzt, um offen gegen die Politik der Partei aufzutreten und Forderungen nach gesellschaftlichen Veränderungen zu erheben.

Beispiel: Veranstaltung mit Konsistorialpräsident STOLPE/Berlin am 10. Mai in ESG Rostock (Veränderungen in Polen und Ungarn beispielgebend)

- Sehen in Beschlüssen der Frühjahressynoden und in den Dokumenten der "3. Ökumenischen Vollversammlung" Legitimation für stärkeres kritisches gesellschaftliches und politisches Engagement (Gemeinden als Anwalt "mutloser und hoffnungsloser Menschen", Gemeinden offen für "Verfolgte")

- Anzeichen für Bestrebungen nach Politisierung der kirchlichen Arbeit auch an Gemeindebasis der Katholischen Kirche (KSG Rostock)

4. Streben nach direkten Kontakten zu politisch engagierten Gruppen und Vertretern westlicher Medien in der BRD und den Niederlanden, um sich aufzuwerten, materielle und ideologische Unterstützung zu erhalten sowie staatliche Gegenmaßnahmen zu erschweren.
- Erfolgt vor allem unter Mißbrauch der kirchlichen Partnerschaftsarbeit (Partnerschaftstreffen des Friedenskreises der Christusgemeinde Greifswald im Zeitraum vom 29. April bis 01. Mai in Greifswald)
 - Mit Genehmigung der ständigen Ausreise von Führungskräften feindlich-negativer Gruppierungen im Bezirk ist eine weitere Zunahme der Anleitung und Unterstützung dieser Zusammenschlüsse von außen zu erwarten.
Ankündigungen von ausgereisten Mitgliedern des UZU .
Wismar:
Kontakte sollen auch nach ständiger Ausreise aufrechterhalten werden.

Zu Antragstellern auf ständige Ausreise:

- Seit Jahresbeginn kontinuierlicher Anstieg der Anzahl von Anträgen auf ständige Ausreise.
- Bereits zu ca. einem Drittel der seit Januar dieses Jahres gestellten Anträge wurden Ablehnungen ausgesprochen.
- Staatliche Entscheidungen werden bis auf wenige Ausnahmen nicht akzeptiert.
- Damit verbunden ist bei einem Teil der Antragsteller die Zunahme aggressiver Haltungen und eine wachsende Bereitschaft zur Begehung von Rechtsverletzungen, um die Genehmigung zur Ausreise zu erzwingen.

Außert sich in

- ernouten erpresserischen Handlungen unter Einbeziehung diplomatischer Vertretungen der BRD
 - Öffentlichkeitswirksamen Provokationen
Beispiel: Besetzung Kirche in Gemeinde Usedom durch Antragstellerehepaar mit seinen drei Kindern
 - Androhungen von ungesetzlichen Grenzübertritten, Hungerstreiks und Suiziden
 - Zunahme der Eingabentätigkeit unter Bezugnahme auf Abschlußdokument von Wien
- verbreitete Auffassung unter Antragstellern in Rostock, Weimar und Greifswald:
- Abwarteposition führe nicht zum Ziel
 - permanente Druckausübung auf staatliche Organe sei notwendig. (h. erfolgreich)
- Mit besonderer Aufmerksamkeit wachsende Anzahl an Hoch- und Fachchulkadern unter Personen mit Erstanträgen beachten.
Anteil dieser Antragsteller hat sich auf ein Fünftel erhöht (Dezember 1988 = ca. 12 %, Mai 1989 = ca. 19 %)
- Verhältnis Neustellungen zu den Rücknahmen 1989 gegenüber dem Vorjahr spürbar verschlechtert.

Neustellungen/Rücknahmen

1989 = 1 : 6,7

1988 = 1 : 2,9

- Begünstigt durch hohe Belastung der Mitarbeiter in den Abteilungen Innere Angelegenheiten mit administrativen Aufgaben (Neurologisierungen, Rechtsauskünfte zu neuer Verordnung)
- Festlegungen zur Verbesserung der Kadersituation und der materiell-technischen Voraussetzungen in Abteilungen Innere Angelegenheiten der Kreise Rostock, Wismar, Stralsund und Greifswald müssen zügiger realisiert werden (Befähigung Kader, Kaderzuführung, Bereitstellung geeigneter Räumlichkeiten, Büroausstattung)
- Mitglieder der ständigen Arbeitsgruppen in den Räten der Kreise zur Unterstützung der Abteilungen Innere Angelegenheiten stärker vor Ort wirksam werden
Tätigkeit darf sich nicht auf Entgegennahme von Berichten und Kontrolle beschränken.